

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

Dr. Fritz Hinterberger

SERI - Sustainable Europe Research Institute

20. September 2017

zum Thema

**Neue Offensive für europaweiten Atomausstieg:
erstmalig internationale Studie über die Machbarkeit eines
europaweiten Ausstiegs.**

**Vor EuGH-Entscheidung über Schlüsselprojekt Hinkley Point,
europaweite Allianz der Regionen für Atomausstieg
gegründet**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

**Oberösterreichs neue Offensive für europaweiten
Atomausstieg: erstmals internationale Studie über die
Machbarkeit eines europaweiten Ausstiegs.
Vor EuGH-Entscheidung über Schlüsselprojekt Hinkley Point,
europaweite Allianz der Regionen für Atomausstieg gegründet**

Oberösterreich startet eine neue Offensive für einen schrittweisen europaweiten Atomausstieg. Die Chancen sind günstig: denn die Erneuerbaren haben in der EU den Atomstrom längst überflügelt, Europas AKW sind überaltert – 60 % der Atomanlagen sind älter als 30 Jahre – und die Atomenergie wurde u.a. durch die Preissenkungen bei den Erneuerbaren in den vergangenen Jahren immer unwirtschaftlicher. Neubauten sind ohne Milliardensubventionen nicht mehr umsetzbar.

Oberösterreichs Umwelt-Landesrat Rudi Anschober hat deshalb eine EU-Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg gegründet (bereits 15 Regionen mit 50 Millionen Einwohner/innen sind Mitglied) und will politischen und rechtlichen Druck machen, damit Subventionen für die Atomenergie untersagt und hochriskante Laufzeitverlängerungen für alte AKW gestoppt werden.

Anschober: „Gelingt dies, dann ist die Tür offen für den schrittweise europaweiten Atomausstieg!“

Nächster Schritt ist die Entscheidung über die geplanten Milliardensubventionen für das Schlüsselprojekt für die Atomwirtschaft, das britische AKW Hinkley Point C. Nach einer von Anschober mitinitiierten Nichtigkeitsklage gegen die Zustimmung der EU-Kommission zu diesem Bruch des Wettbewerbsrechts wird am 5. Oktober 2017 diese Klage am Europäischen Gericht erster Instanz mündlich verhandelt. Spätestens Anfang 2019 ist die definitive Entscheidung zu erwarten. Gewinnen die Atomgegner, dann ist das das Ende der Atomsubventionen in der EU.

In einer umfassenden Studie im Auftrag des Landes Oberösterreich belegt das SERI-Institut, dass der Atomausstieg wirtschaftliche Vorteile für Europa bringen würde, die Klimaschutzziele gut verwirklicht werden könnten und sich mit einem Atomausstieg im Vergleich zum bisherigen Kurs sogar die Strompreise mittelfristig reduzieren.

LR Anschober: „Dies ist massiver Rückenwind für meinen Kurs. Wir werden die Studie nun in den entscheidenden Staaten Tschechien und Frankreich präsentieren. Mein Ansatz, ganz auf den wirtschaftlichen Hebel gegen Atomkraft zu setzen, geht auf.“

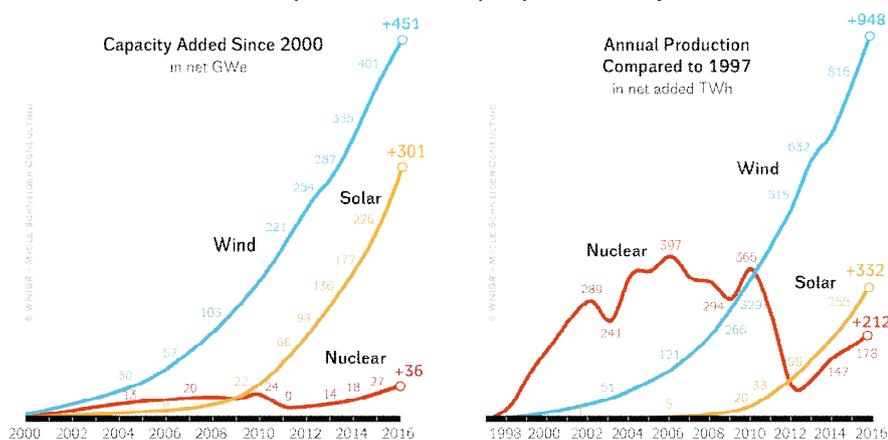
Entscheidet nun auch der EuGH gegen staatliche Beihilfen für Hinkley Point C, gibt es keinen wirtschaftlich darstellbaren Weg mehr für Energiekonzerne, Neubauten von AKW zu verwirklichen! Und gleichzeitig werden wir durch den Auf- und Ausbau der Allianz der Regionen starken politischen Druck in Brüssel aufbauen, damit eine klare Weichenstellung gegen Subventionen, für eine klare Laufzeitbeschränkung und damit für einen schrittweisen europaweiten Atomausstieg erfolgt."

Neuer Statusbericht zeigt: Atomkraft am Boden – Erneuerbare am Vormarsch

Der kürzlich vorgestellte World Nuclear Industry Status Report zeigt klar: Die Atomkraft liegt am Boden. Extreme Börsenverluste, jahrelange Verzögerungen bei den laufenden Reaktor-Baustellen, Kostenexplosionen, dauerhafte Stillstände von Anlagen und Erneuerbare auf dem Vormarsch – so die Kurzfassung. (www.worldnuclearreport.org)

Demnach kam es ab 1992, mit Ausnahme von China, zu einem Rückfall bei AKW-Neubauten. Waren es 1976 noch 44 Neubauprojekte, so wurde 2017 nur ein AKW-Neubau in Indien begonnen. Die Erneuerbaren erreichen enorme Produktionszuwächse, so hat die weltweite Windenergieproduktion bereits 2010 den Anteil der Atomstromproduktion egalisiert und sich seitdem vervierfacht. Auch die Zuwächse an Solarstrom liegen deutlich über denen von Atomstrom. Gegenüber 2006 ging die weltweite Atomstromproduktion um etwa sieben Prozent zurück, ihr Anteil am Strommix sank seit 1996 von 17,5 auf 10,5 Prozent.

Wind, Solar and Nuclear Developments: Installed Capacity and Electricity Production in the World



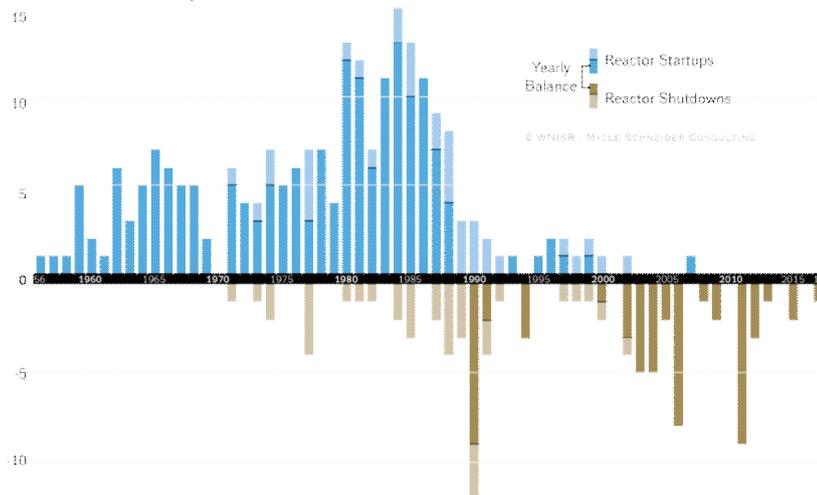
Sources: WNISR, IAEA-PRIS, BP
Statistical Review, 2017

Auch in Europa ist der Trend ist eindeutig:

In der EU sind heute noch 125 Meiler am Netz, das sind 52 weniger als beim historischen Höchststand 1988. In den letzten 20 Jahren haben in der EU nur vier Reaktoren ihren Betrieb aufgenommen (2 Slowakei, 1 Tschechien, 1 Rumänien). Seit den 1990er Jahren in Bau befinden sich lediglich die beiden Projekte Olkiluoto-3 (Finnland) und Flamanville-3 (Frankreich), die von massiven Verzögerungen und Kostenexplosionen gezeichnet sind. Zudem leiden die Atomkraftwerke unter einer enormen Überalterung: Im Schnitt sind die EU-AKW 32,4 Jahre alt. 60 % der Atomreaktoren Europas sind bereits älter als 30 Jahre.

Reactor Startups and Shutdowns in the EU28

in Units, from 1956 to 1 July 2017



Sources: WNISR, with IAEA-PRIS, 2017

Die Energieriesen in Europa sind, u.a. aufgrund der Nuklearkrise, in schweren wirtschaftlichen Problemen: Abwertungen an den Börsen hagelte es etwa für EdF, E.on, RWE, CEZ, Vattenfall oder TVO. Die französische Areva wurde zu „Junk“ abgewertet.

Weichenstellung AKW Hinkley Point C - Milliardensubventionen oder Atomausstieg?

Die Atomenergie ist durch steigende Produktionskosten und gleichzeitig rapide sinkende Preise an der Strombörse sowie massiv sinkende Produktionskosten der Erneuerbaren völlig unwirtschaftlich. Das britische AKW-Neubauprojekt

Hinkley Point soll daher durch massive Subventionen gestützt werden – ein Contract for Difference soll einen Strompreis von 92,50 Pfund pro MWh auf 35 Jahre hin garantieren, das Doppelte des aktuellen Strom-Großhandelspreises - zu Lasten der britischen Konsument/innen.

Meilenstein dabei ist die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs erster Instanz über britische Milliardensubventionen für das AKW-Projekt Hinkley Point, welche als Blaupause auch für weitere AKW-Projekte in Europa angesehen wird. Eine im Auftrag von LR Anschober erstellte Studie von Prof. Dr. Franz Leidenmühler (JKU Linz) qualifiziert diese langfristigen Preisgarantien als nach EU-Recht verbotene Beihilfen, die einer Rechtfertigung bedürfen. Als Nichtigkeitsgrund ist geltend zu machen, dass die Freistellungsvoraussetzungen nicht vorliegen, insbesondere keine Behebung eines Marktversagens erfolgt, wie von der Gruppenfreistellungs-VO gefordert.

Nachdem die Republik Österreich im Juni 2015 Nichtigkeitsklage gegen die Zulassung der Subventionen durch die Europäische Kommission eingebracht hat, ist nun der mündliche Verhandlungstermin vor dem Europäischen Gericht für 5. Oktober 2017 anberaumt. Nach der Anhörung ist ein Urteil in etwa zwei Monaten zu erwarten, daraufhin haben die Parteien die Möglichkeit zu berufen. Die Entscheidung über eine Berufung wird dann auf höherer Instanz durch den EuGH getroffen, dies kann eine Verzögerung um ein weiteres Jahr bedeuten. Danach gibt es keine Möglichkeit mehr zur Beeinspruchung.

Vernichtender Bericht des britischen Rechnungshofs – Windkraft günstiger als Atomstrom aus Hinkley Point

Der britische Rechnungshof beurteilt das AKW-Neubauprojekt aktuell als teuer und riskant, es wäre ein schlechter Deal für Generationen von britischen Strom-Konsument/innen. Die Verzögerungen und fallende Großhandelspreise haben die Kosten des Deals bereits von 6 Mrd. Pfund im Jahr 2013 auf aktuell 30 Mrd. Pfund explodieren lassen – Tendenz nach oben. Rechnet man noch die 20

Milliarden Pfund an Baukosten hinzu, belaufen sich die Gesamtkosten für das AKW-Projekt Hinkley Point bereits auf 50 Milliarden Pfund.

Auch Aussagen britischer Energie-Expert/innen bestätigen, dass Strom aus Offshore Windanlagen für Konsument/innen um 10 % günstiger wäre; die Kosten haben sich hierzu in GB seit 2015 halbiert. Ökostrom wäre für GB deutlich billiger als Strom aus dem Milliardengrab Hinkley Point – um bis zur Hälfte.

Greenpeace Energy hat gestern auch Beschwerde bei der EU-Kommission gegen die direkte und indirekte Staatssubvention Frankreichs für die Atomenergie in der Höhe von zuletzt 6,8 Milliarden Euro eingebracht.

Anschober setzt auf Allianz der Atomgegner und baut Druck auf in Brüssel

Die von LR Anschober in Brüssel gegründete Allianz der Regionen für einen schrittweisen Atomausstieg in der EU wird derzeit weiter ausgebaut - damit entsteht mehr Druck in Brüssel für einen Atomausstieg und gegen die Atomlobby.

Um einen europaweiten Atomausstieg voranzutreiben, gründete Anschober die „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ – zum Anlass Hinkley Point C. Vorbild ist die ebenfalls von OÖ initiierte Allianz der GVO-freien Regionen, die erfolgreich das GVO-Selbstbestimmungsrecht durchgesetzt hat.

Gründungsmitglieder sind, neben Oberösterreich, die Regionen Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Niedersachsen sowie die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit Unterstützung von Luxemburg. Mittlerweile haben alle österreichischen Bundesländer im Rahmen der letzten Umweltreferent/innen-Konferenz für die Allianz zugesagt, ein Großteil ist bereits formell beigetreten.

Damit sind bereits 15 Regionen mit rund 50 Millionen Bewohner/innen in der Allianz aktiv. Weitere Regionen haben bereits ihr Interesse angemeldet, eine Zusammenarbeit mit dem europäischen Städtenetzwerk „Cities for a Nuclear Free Europe“ zur weiteren Vergrößerung der Allianz ist geplant.

Die Hauptziele der Allianz für einen europaweiten Atomausstieg:

- Keine Subventionen für Atomkraft (z.B. Hinkley Point/GB, Paks/HU)
- Einheitliche Haftungsregelungen für Europas AKW
- Kostenwahrheit bei Atomkraft durch Rücklagen für Folgekosten
- Unterstützung der Energiewende und Abkehr von Atomkraft als vermeintlich klimafreundliche Energietechnologie

Anschober: „Ziel ist es, die Allianz rasch weiter zu verstärken, wir müssen möglichst breit und mit lauter Stimme gegen die starke Atom-Lobby auftreten. Wir stehen vor der Weichenstellung über die Zukunft der Atomkraft in Europa, unsere Position ist klar: Nein zu Subventionen für Neubau-Projekte, Nein zu Laufzeitverlängerungen von Altreaktoren zu Lasten der Sicherheit in Europa!“

Neue Studie belegt: schrittweiser Atomausstieg für die EU eine wirtschaftliche und umweltpolitische Chance

Die im Auftrag des Landes Oberösterreich erstellte SERI-Analyse über Machbarkeit und Auswirkungen eines schrittweisen gesamteuropäischen Atomausstieges zeigt, dass dieser Schritt nicht nur mehr Sicherheit bringen würde, sondern auch wirtschaftlich und umweltpolitisch sinnvoll ist:

- der Ausstieg aus der Atomkraft zahlt sich wirtschaftlich aus: positive Auswirkungen auf das BIP, keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung in den nächsten Jahrzehnten, positive Auswirkungen auf die Handelsbilanz ab 2025
- der Ausstieg aus der Atomkraft ist gut vereinbar mit den Klimaschutzzielen Europas und damit mit der Umsetzung des Weltklimavertrages von Paris: Reduktion des Energieverbrauches durch erhöhte Investitionen in erneuerbare Energieträger, Reduktion der CO₂-Emissionen um 80 % auch ohne Atomkraft erreichbar
- Verringerung der Stromkosten: Reduktion des Strom- und Wärmepreises über die Zeit und im Vergleich zur Fortsetzung des bisherigen Trends, Reduktion der Konsumausgaben für Elektrizität

GWS

SPECIALISTS IN
EMPIRICAL ECONOMIC
RESEARCH

SUSTAINABLE EUROPE
RESEARCH INSTITUTE



ES GEHT UM WAS!
www.seri.at

WIRTSCHAFTLICHE KONSEQUENZEN EINES EUROPAWEITEN ATOMAUSSTIEGS

Ergebnisse der Studie im Auftrag der
Oberösterreichischen Landesregierung,
Abteilung Umweltschutz, Gruppe
Strahlenschutz

HANDOUT ZUR PRESSEKONFERENZ

:
AutorInnen:
Andrea Stocker, Friedrich Hinterberger (SERI)
Martin Distelkamp (GWS)

Die Zielsetzung: ein atomenergiefreies Europa

In 14 der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden derzeit Atomkraftwerke (AKWs) betrieben (Belgien, Bulgarien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Rumänien, Schweden, Spanien, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn und die Niederlande). Sie zeichnen für beinahe 30% der in der EU erzeugten Elektrizität verantwortlich. In Europa verfügen auch die Schweiz und die Ukraine über AKWs.

In der Debatte um die Nutzung von Atomenergie zur Stromversorgung gibt es unzählige Argumente, welche die Sinnhaftigkeit eines Ausstiegs untermauern. Abgesehen von Unfallrisiken und Endlagerungsproblemen, werden dabei häufig auch Gründe der fehlenden Wirtschaftlichkeit (hohe Kapitalkosten, die durch die niedrigen Brennstoffkosten nicht aufgewogen werden können) angeführt.

Bisher mangelt es aber an Analysen, die aus einer ganzheitlichen Perspektive die Implikationen eines europaweiten Atomausstiegs auf Wirtschaft und Umwelt analysieren. In dieser Studie haben wir uns gezielt mit den volkswirtschaftlichen Konsequenzen eines stufenweisen europaweiten Atomenergieausstiegs aus einem umfassenden Blickwinkel beschäftigt. Mit Hilfe des Weltmodells GINFORS untersuchen wir dabei, wie sich in einem Umfeld, in dem die EU eine globale Vorreiterrolle im Klima- und Ressourcenschutz einnimmt, ein **europaweiter, stufenweiser Ausstieg aus der Kernenergie (Laufzeit-begrenzung auf 45 Jahre, kein Neubau) volkswirtschaftlich auswirken** würde.

Das Atomausstiegsszenario wird einem „Business as Usual“-Szenario gegenübergestellt, das weiterhin auf Atomenergie setzt. Die Ergebnisse zeigen die wirtschaftlichen Konsequenzen (z.B. Wirtschaftswachstum, Importabhängigkeit, Arbeitsplätze, Preise), aber auch Umweltauswirkungen (CO₂, Energieverbrauch) für die gesamte EU und ihre Mitgliedsstaaten.

Der Ausgangspunkt: das Szenario „EU geht voran“

Das im Projekt POLFREE entwickelte **Szenario „EU geht voran“** geht davon aus, dass die EU eine nachhaltige Entwicklung auch dann verfolgt, wenn der Rest der Welt sich nicht an deren Umsetzung beteiligt. Dieses Szenario bildet die Basis für das Atomausstiegs-Szenario. Es wurde so konzipiert, dass die europäischen Länder bis 2050 vier konkrete **Nachhaltigkeitsziele** erreichen: minus 80% der CO₂-Emissionen gegenüber 1990, Reduzierung des abiotischen Pro-Kopf-Rohstoffkonsums auf 5 Tonnen, minus 20% beim durchschnittlichen Ackerland-Fußabdruck eines EU-Bürgers, 20%-Limit des Wasserausbeutungsindizes

Das Atomenergie-Ausstiegsszenario

Für das Atomenergie-Ausstiegsszenario wurde das POLFREE-Szenario „EU geht voran“ so angepasst, dass es von einem europaweiten Ausstieg aus der Atomkraft bis 2050 ausgeht. Grundsätzlich wird angenommen, dass die Atomkraftwerke nach einer Nutzungsdauer von 45 Jahren abgeschaltet werden (mit Ausnahme früherer Ausstiegspläne). Für Kraftwerke, die sich derzeit in Bau befinden wird angenommen, dass sie nicht in Betrieb genommen werden. Ebenfalls wird festgelegt, dass geplante AKW-Neubauten (beispielsweise in Großbritannien, Frankreich, Polen, Tschechien, Ungarn, Litauen und der Türkei) nicht umgesetzt werden. Im Jahr 2030 sind bereits 60% aller AKWs in den europäischen Staaten abgeschaltet.

Um die Stromversorgung im Ausstiegsszenario weiterhin sicherzustellen wird das Potential zum Ausbau der erneuerbaren Energie (EE) genutzt. Außerdem wird die Erreichung der Klimaziele der EU angestrebt, wodurch eine verstärkte Nutzung von fossiler Energie nicht in Frage kommt.

Business as usual (BAU) Szenario

Kontrastiert wird das Atomenergie-Ausstiegsszenario mit einem **„Business as usual“ (BAU) Szenario**. Im BAU Szenario wird unterstellt, dass bestehende umweltpolitische Instrumente beibehalten, aber weder weiterentwickelt noch ergänzt werden. Es zeigt sich, dass die Marktkräfte alleine nicht in der Lage sein werden, die Welt vor einem drohenden Öko-Kollaps zu

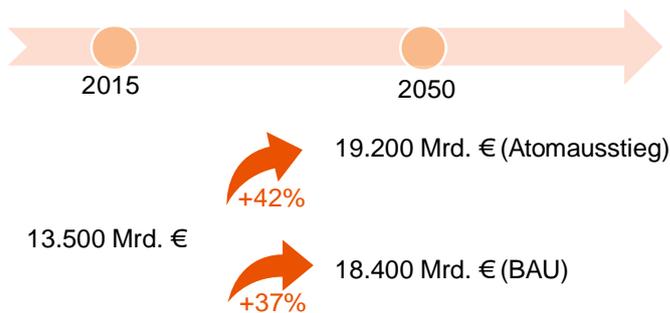
bewahren. Obwohl in dem Szenario sicher noch längst nicht alle Risiken einer immer weiter ausufernden Überanspruchung des Planeten Erde berücksichtigt sind, lässt sich erkennen dass ein „weiter so wie bisher“ selbst aus einer rein ökonomischen Betrachtung heraus keine positive Option darstellt.

Ergebnisse für die EU27

Wagt die EU einen umweltpolitischen Alleingang und einen Ausstieg aus der Atomenergie kann sie einen Vorteil (first mover advantage) gegenüber dem Rest der Welt erzielen. Es rommt zu hohen Einkommengewinnen sowie der Erreichung der Umweltziele, ohne dabei die Situation am Arbeitsmarkt zu verschlechtern.

Im Vergleich zum „Business as Usual“ (BAU) Szenario (weiter wie bisher, ohne gezielte zusätzliche Maßnahmen) liegt das **reale Bruttoinlandsprodukt** im Atomausstiegs-Szenario in der EU27¹ am Ende der betrachteten Zeitspanne deutlich höher (vgl. Abb. 1).

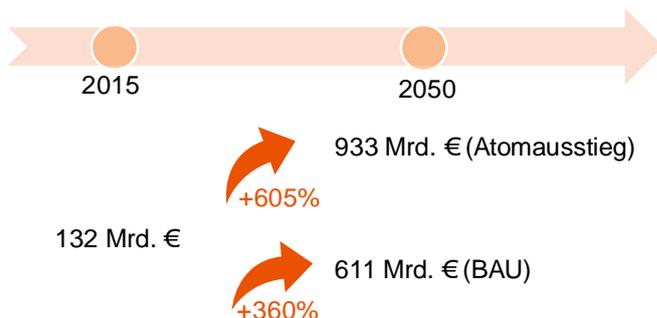
Abb. 1. Bruttoinlandsprodukt der EU27
in Milliarden Euro, zu Preisen von 2010



Quelle: eigene Berechnungen

Ab dem Jahr 2025 verbessert sich durch den Atomenergieausstieg auch die **Handelsbilanz** gegenüber dem BAU-Szenario (siehe Abb. 2): Es lässt sich erkennen, dass der verstärkte Ausbau erneuerbarer Energie zwar kurz- bis mittelfristig höhere Kosten nach sich zieht, langfristig höhere Kosten nach sich zieht, langfristig gesehen aber die Importabhängigkeit deutlich verringert: Da die EU ihre Ressourcen- und Energieeffizienz im Vergleich zur übrigen Welt rigoros verbessert, reduzieren sich die Produktionskosten, was sich positiv auf den Außenhandel auswirkt. Die EU-Exporte werden gestärkt, während sich die europäische Importnachfrage eher schwach entwickelt. Daher steigt der Handelsbilanzüberschuss im Vergleich zum Business-As-Usual-Szenario um über 50%.

Abb. 2. Außenhandel der EU27
Extra-EU-Handelsbilanz, in Milliarden Euro, zu Preisen von 2010

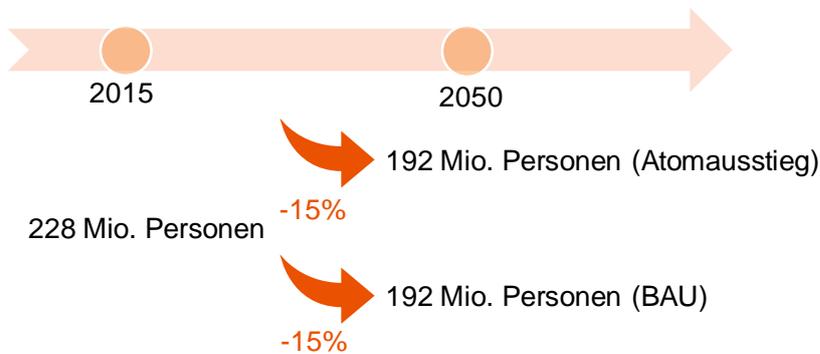


Quelle: eigene Berechnungen

¹ EU27: inklusive UK, ohne Kroatien

Am **Arbeitsmarkt** (siehe Abb. 3) sind in „EU geht voran ohne Atomkraft“ keine negativen Auswirkungen im Vergleich zum BAU-Szenario zu erkennen, bis 2045 zeigen sich sogar geringfügige Zuwächse. Generell reduziert sich jedoch die Zahl der Erwerbstätigen in der EU über die Zeit. Dieses Ergebnis ist einerseits begründet durch die demografische Entwicklung (fortschreitende Alterung der Bevölkerung in Europa) und andererseits auch durch die sinkende Arbeitsnachfrage in Folge von Arbeitsproduktivitäts-Steigerungen.

Abb. 3. Erwerbstätige in der EU27
in Mio. Personen

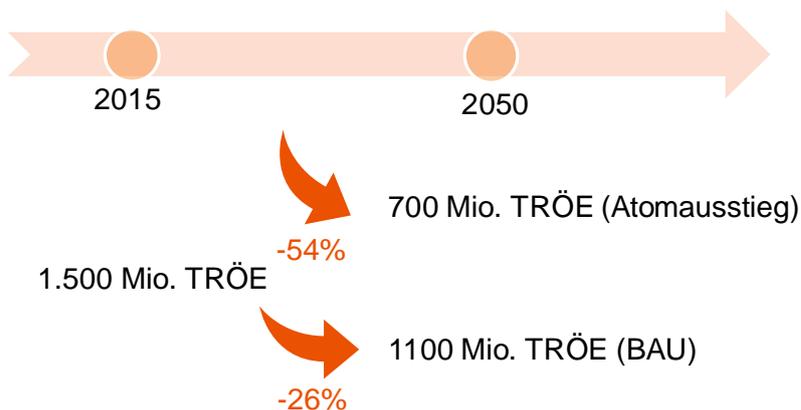


Quelle: eigene Berechnungen

Gleichzeitig sind die Maßnahmen des Atomausstiegsszenarios geeignet, die **CO₂-Emissionen** in der EU um 80% im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, während das BAU-Szenario diese Zielsetzung aufgrund des anhaltenden Verbrauchs an fossilen Brennstoffen klar verfehlt.

Ferner wirkt sich ein Verzicht auf Kernkraft positiv auf die Energieproduktivität aus und führt zu einer merkbaren Reduktion des **Energieverbrauchs** (siehe Abb. 4). Eine Erklärung dafür liegt in den notwendigen Investitionen in neue EE-Anlagen infolge des Verzichts auf Atomstrom, die eine effizientere Stromerzeugung gewährleisten.

Abb. 4. Primärenergieverbrauch der EU27
in Mio. Tonnen Rohöleinheiten (TRÖE)

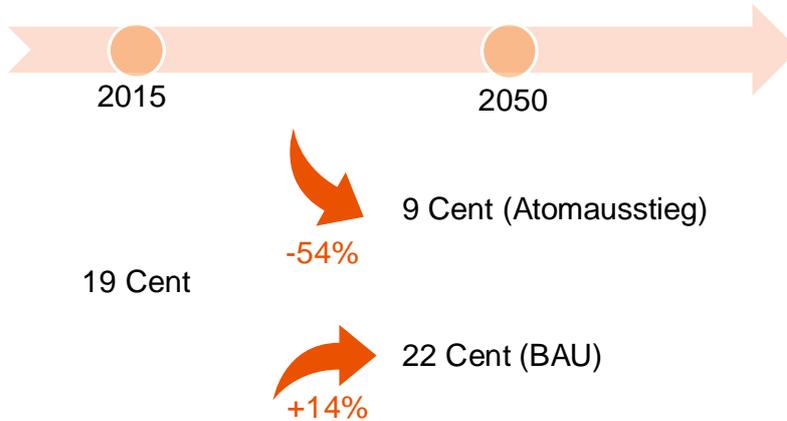


Quelle: eigene Berechnungen

Die Auswirkungen der Szenarien auf den **durchschnittlichen Strom- und Wärmepreis der privaten Haushalte** sind in Abb. 5 dargestellt. Im BAU-Szenario ist dieser Preis wesentlich höher als im Atomenergie-Ausstiegsszenario und zeigt ab 2020 eine leicht ansteigende Entwicklung, da hier weiterhin auf fossile Energieträger gesetzt wird, deren Preise bis 2050 deutlich ansteigen. Im Fall eines Atomausstiegs würden sich die Lernkurven bei EE-Technologien weiter verbessern, wodurch sich der Strompreis über die Zeit reduzieren und sich

auch ein kleiner Vorteil gegenüber dem Szenario „EU geht voran“ mit Atomkraft ergibt. Anfänglich wäre der Strompreis bei einem Atomausstieg jedoch etwas teurer als im Szenario „EU geht voran“, da der resultierende erhöhte Investitions- und Abschreibungsbedarf der Energiewirtschaft kurz- bis mittelfristig die Stromkosten steigert.

Abb. 5. Durchschnittlicher Strom- und Wärmepreis der privaten Haushalte, EU27
in Cent je kWh (bezogen auf Preise aus 2010)



Quelle: eigene Berechnungen

Auch in der Analyse von Auswirkungen in ausgewählten **Ländern, die bisher stark auf den Einsatz von Atomkraft setzen** (Frankreich und Tschechien), zeigen sich gesamtwirtschaftlich gesehen positive Effekte durch einen Ausstieg aus der Kernenergie unter den getroffenen Annahmen.

Ein europaweiter Ausstieg aus der Atomenergie hätte folglich in der EU in Verbindung mit einer mutigen Nachhaltigkeitspolitik positive Auswirkungen auf alle wesentlichen wirtschaftlichen Indikatoren wie auch auf den Klimaschutz.

Kontakt für Rückfragen:

Dr. Friedrich Hinterberger
T: +43 699 19 69 07 28
E: fritz.hinterberger@seri.at



SERI – Sustainable Europe Research Institute
Nachhaltigkeitsforschungs und -kommunikations GmbH

Garnisongasse 7/17
1090 Wien

fon +43 (0)1 969 0728-15
office@seri.at